

## VERANSTALTUNGSBERICHT KAS WASHINGTON D.C.

<b>Thema:</b>	<b>Immigration, Integration, and Identity: Managing Diverse Societies in Europe and the U.S.</b>
<b>Veranstalter:</b>	<b>Botschaft der Republik Österreich, Delegation der Europäischen Kommission in den Vereinigten Staaten, Center for Transatlantic Relations, SAIS American Consortium on European Union Studies, The Woodrow Wilson International Center for Scholars</b>
<b>Art:</b>	<b>Konferenz</b>
<b>Datum:</b>	<b>18.05.2006</b>
<b>Zeit:</b>	<b>09:00 – 15:45 Uhr</b>
<b>Ort:</b>	<b>Capitol Hill, Rayburn HOB, HIRC 2172</b>

**Begrüßung:** *I. E. Eva Nowotny, Botschafterin der Republik Österreich*, begrüßte die Teilnehmer der Konferenz und führte aus, daß die Länder Europas sich als Zuwanderungsländer neu definieren müssten. Die demographischen Entwicklungen und die alternden Gesellschaften machten diesen Paradigmenwechsel notwendig. Das europäische Motto „United in diversity“ erfordere auch eine Integration von Muslimen. Ziel der Konferenz sei es, europäische und amerikanische Ansätze für Integration aufzuzeigen.

*Dr. Brent Glass, Direktor des National Museum of American History*, betonte, daß die Konferenz zum richtigen Zeitpunkt stattfinde, wenn man sich die derzeitige Debatte um Zuwanderung aus Lateinamerika in den Vereinigten Staaten vor Augen halte. Das Thema sei aber zeitlos. Geschichte diene als eine Quelle für die Suche nach der Frage, was es bedeute „Amerikaner“ zu sein. Die neue Einführungsausstellung im Museum für amerikanische Geschichte definiere den amerikanischen Traum von Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück neu. Dies seien die vereinenden Elemente zur Beteuerung der amerikanischen Werte.

### **Session I: Immigration und Identität: Fordern die gegenwärtigen Immigrationsmuster die vorherrschenden Auffassungen von nationaler Identität heraus?**

*Jonathan Faull, Director-General, European Commission Directorate-General for Justice, Freedom, and Security*, ging in seinem Vortrag zur „*Immigration in Europa*“ auf die **Geschichte** der gemeinsamen europäischen Migrationspolitik ein. 1999 habe die Europäische Union mit dem Gipfel in Tampere begonnen, ihre Migrationspolitik zu harmonisieren, um Migration effektiver zu managen. Die Ergebnisse müssten nun in den Mitgliedsländern implementiert werden. Die EU-Erweiterung habe die Grenzen verschoben und zu neuen Herausforderungen und einer neuen Prioritätensetzung geführt. Ein stärker proaktiver Ansatz werde als notwendig angesehen. Demographische

Faktoren und alternde Gesellschaften führten dazu, daß legale Immigration zunehmend als notwendig angesehen werde. Dementsprechend sollten die Zutrittsverfahren europaweit harmonisiert werden. Zudem müsste Zuwanderern die Basismenschenrechte zugestanden werden.

Trotz der internationalen Dimension von Zuwanderung bestimmten die Empfängerländer ihre Zuwanderungspolitik ohne Kooperation mit den Herkunftsländern. Hier seien neue Ansätze notwendig. In der Diskussion würden auch die „Remittances“, also die finanziellen Transferleistungen von Zuwanderern in ihre Heimatländer, vernachlässigt.

Die beste Grenzkontrolle sei nicht in der Lage, Zuwanderung zu verhindern. Europa sei keine Festung und keine Insel. Daher sei eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern notwendig.

Die **Integration** der Zuwanderer finde auf lokaler Ebene statt. Hier sei keine EU-weite Gesetzgebung für die Mitgliedsstaaten notwendig, aber ein Herausfiltern der „best practices“. Zuwanderer und Einheimische müssten sich gleichermaßen um Integration bemühen. Damit Integration gelingen könne, müsse es für die Immigranten Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung geben, ebenso sei eine Teilhabe am politischen Prozeß notwendig. In den EU-Mitgliedsstaaten gebe es jeweils einen nationalen Ansprechpartner für Integration, eine stärkere Vernetzung werde mittels einer Webseite und eines Dialogforums angestrebt.

Die Terroranschläge in London am 07. Juli 2005 hätten die Frage nach der Integration erneut aufgeworfen. Die Radikalisierung von Zuwanderern sei ein Versagen der Integrationspolitik. Es gebe aber auch genügend Erfolgsgeschichten. Sprache sei der Schlüssel zu jeglicher Integration.

Zuwanderung sei in den Anfangsjahren der Europäischen Union als vorübergehendes Phänomen angesehen worden. Erst in den letzten Jahren habe eine Neubewertung der Situation stattgefunden, wobei die Bedeutung der Rolle von **Staatsbürgerschaft** und **Nationalität** in der Integration eine größere Rolle gespielt habe. Die Religion sei in den meisten Ländern der Europäischen Union kompatibel. Die Bürger der EU sähen sich in erster Linie als Bürger ihrer Heimatstaaten an, zunehmend aber auch als EU-Bürger. Die steigende Mobilität und die steigende Anzahl von Menschen mit zwei Staatsangehörigkeiten führten folglich zu mehreren Identitäten. Zuwanderung sei auch ein Schlüsselement für ein erfolgreiches „Nation-Building“. Die Herausforderung für die 25 Länder der EU und die, die in den nächsten Jahren noch dazukämen, sei es, die verschiedenen Sprachen und Kulturgeschichten unter einen Hut zu bringen. Dies sei aber gleichzeitig der Schlüssel für ihren Erfolg.

**Dr. Rainer Münz, Senior Research Fellow, Migration Research Group Hamburg**, stellte seinen Vortrag unter das Thema **„Migration von und nach Europa: historische Muster, gegenwärtige Trends, zukünftige**

**Herausforderungen“.** In den Jahren von 1750-1950 seien 70 Millionen Menschen aus Europa ausgewandert. Ab 1950 habe sich der Trend umgekehrt, ab da seien die Länder Europas zu Zuwanderungsländern geworden.

Derzeit seien insbesondere die alten EU-Mitgliedsstaaten zum Ziel von Zuwanderern geworden. Aber auch Rußland habe mittlerweile 15 Mio. im Ausland geborene Einwohner und sei damit nach den Vereinigten Staaten das größte Empfängerland. Insgesamt habe die EU rund 462 Millionen Einwohner, davon seien 40 Millionen oder 8,6% im Ausland geboren. Dazu zählten aber auch Personen, die in einem anderen EU-Land geboren seien. Deutschland stelle demnach mit 10 Millionen das drittgrößte Zuwanderungsland der Erde. Frankreich habe 6 Millionen, Großbritannien 5 Millionen und Spanien 4 Millionen im Ausland geborene Einwohner.

Von den 40 Millionen Zuwanderern in der EU seien 12 Millionen in einem anderen EU-Land geboren, 8 Millionen stammten aus Afrika, 7 Millionen aus Asien, 6 Millionen aus Lateinamerika, 4 Millionen vom Balkan, 2 Millionen aus Rußland, 1 Million aus den USA und 0,2 Millionen aus Australien.

Im Jahr 2005 sei die EU um 2 Millionen Einwohner gewachsen, 85% davon seien zuwandert. Die USA wüchsen um durchschnittlich 3 Millionen Zuwanderer pro Jahr, obwohl sie auch ein nachhaltiges Bevölkerungswachstum ohne Migration hätten.

Bei einer Migration von 0 Zuwanderern bis zum Jahr 2050 würde die Bevölkerung in der EU um 57 Millionen zurückgehen und die erwerbstätige Bevölkerung um 66 Millionen abnehmen. Diese Hypothese sei aber unrealistisch, da es stets Zuwanderung geben werde.

Die muslimische Bevölkerung in Europa werde bei den derzeitigen niedrigen Geburtenraten in Europa stark ansteigen. Zuwanderung könne dazu beitragen, den Rückgang der europäischen Erwerbsbevölkerung aufzuhalten. Die Herausforderungen seien aber, qualifizierte Zuwanderer anzuziehen, weitere 50-100 Millionen Zuwanderer zu integrieren und eine gemeinsame Identität zu schaffen.

Migration sei aber nicht die einzige Lösung. Eine stärkere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, längere Lebensarbeitszeiten und weitere Rentenreformen könnten ebenso dazu beitragen, sich den Herausforderungen von niedrigen Geburtenraten und alternden Gesellschaften zu stellen.

**Prof. Marcelo Suarez-Orozco, Humanities and Social Sciences, New York University,** sprach zum Thema **„Zuwanderung in den Vereinigten Staaten“.** Er bezeichnete Immigration als grundlegendes Element der menschlichen Erfahrung, dessen Ursprünge bis zu 60.000 Jahre zurückreichten. Neu sei allerdings, daß alle Regionen der Erde in große Wanderungsbewegungen

verwickelt seien. Liebe und Arbeit seien die Gründe für die meisten Wanderungsbewegungen. Derzeit gebe es etwa 185-200 Millionen Migranten weltweit.

Seit 1990 seien jährlich 1 Million neue Zuwanderer in die USA eingewandert. 55 Millionen US-Bürger seien Zuwanderer oder Kinder von Zuwanderern. Die USA durchliefen gerade eine dramatische Transformation. Ein Drittel der Amerikaner gehörten ethnischen Minoritäten an, im Jahr 2050 seien 50% aller US-Bürger Teil dieser Gruppe. 100 Millionen Hispanics würden 2050 die größte Gruppe stellen. Mit dieser veränderten Zusammensetzung der Ethnien verändere sich auch die Identität der Amerikaner.

Bis 1965 hätten die meisten Zuwanderer aus Europa gestammt. Die im Ausland geborene Bevölkerung in den USA sei von 1990-2000 um 57% gewachsen. 16 Millionen oder 53,3% stammten aus den Ländern Lateinamerikas, nur noch 13,7 Prozent aus Europa und 25,6 Prozent aus Asien.

Derzeit gebe es 42,7 Millionen Latinos in den Vereinigten Staaten. Der sozio-ökonomische Hintergrund dieser Bevölkerungsgruppe reiche von hoher Bildung bis Armut. Diese Immigranten trügen mit jährlich 50 Mrd. US-Dollar zum Bruttosozialprodukt bei, zusätzlich trügen die Remittances zur Entwicklung in ihren Herkunftsländern bei. Statt von einem „Brain Drain“ müsse man auch vielmehr von einer „Brain Circulation“ sprechen, da die Migranten häufig auch in ihre Heimatländer zurückkehrten oder ihr Wissen an diese Länder weitergäben.

## **Session II: Integrationsbemühungen in Europa und den USA heute**

**Prof. Evelyn Brooks Higginbotham, Department of African and African American Studies, Harvard University**, sprach zur „**Geschichte des Rassismus in den USA**“. Der Sklavenhandel habe die größte Wanderungsbewegung weltweit vor der Zuwanderung aus Europa eingeleitet. Von Anfang an seien die Sklaven als Eigentum ihrer Besitzer und nicht als gleichwertige Menschen angesehen worden. Erst nach dem Bürgerkrieg sei langsam ein Prozeß eingeleitet worden, in welchem den Schwarzen zunehmend Rechte zugestanden worden seien. Erst der Civil Rights Act von 1964 habe die Rassentrennung formal beendet.

In der jüngsten Vergangenheit habe sich während des Hurrikans Katrina gezeigt, daß Armut unproportional verteilt sei und die Afro-Amerikaner besonders schweren Schaden erlitten hätten. Aber die Afro-Amerikaner seien nicht die einzigen, die in den USA diskriminiert würden.

Heute sei die amerikanische Identität durch ihren einzigartigen nationalen Charakter geprägt. Es stelle sich dennoch die Frage, ob die Vereinigten Staaten das Schwarz-Weiß-Paradigma hinter sich gebracht hätten.

**Dr. Beate Winkler, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia in Wien**, ging auf den „**Kampf gegen Anti-Semitismus, Rassismus und Xenophobie in Europa**“ ein. Das europäische Monitoring-Center für Rassismus und Xenophobie (EUMC) arbeite seit 1998 unabhängig und sammle, analysiere und verbreite Daten zu Rassismus, Xenophobie, Anti-Semitismus und Islamophobie. Die Daten würden von den 25 EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt. Zunächst sei es darum gegangen, Anti-Semitismus zu definieren. Die Arbeitsdefinition habe man mit jüdischen und internationalen Organisationen entwickelt. Es habe vorher eine ungenügende Datensammlung gegeben und die Situation sei allgemein unklar gewesen. Zwischenfälle seien im wesentlichen auf Drohungen, gewaltsame Zwischenfälle und auf Äußerungen in der öffentlichen Debatte begrenzt. Es gebe aber auch einen Einfluß von globalen politischen Entwicklungen. Die Täter seien im wesentlichen Rechtsextremisten und junge männliche Muslime.

Der Ansatz des EUMC sei es, basierend auf Fakten und Daten die Politik in den Mitgliedsstaaten zu beeinflussen. Man versuche die Implementierung der EUMC-Empfehlungen in den Mitgliedsstaaten zu begleiten und mit Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Schwierig sei es dabei, die 20 Sprachen in den 25 Mitgliedsstaaten und den Mangel an Daten in Einklang zu bringen mit dem geringen Budget und nur 37 Mitarbeitern des Zentrums. Die neue und alte Vision des Zentrums sei es „Juden und jüdische Gemeinden als angesehene Mitglieder der europäischen Gesellschaft anzusehen“.

Der **Historiker Dr. Steven Beller** sprach zu der Frage, wie Muslime in den USA und Europa besser integriert werden können. Dabei müsse zwischen Integration und Assimilation unterschieden werden. Um diese Frage zu klären, müsse man sich die Geschichte des Anti-Semitismus in Zentraleuropa anschauen. Das französische Modell des Nationalstaates habe sich auf ganz Europa übertragen. Die Frage nach der Herkunft sei zu einer ethnischen Frage geworden. Die Juden hätten sich nicht als Mitglieder des Nationalstaates qualifiziert und seien damit zu den „Schwarzen“ Europas geworden. Im Holocaust habe man versucht, sich dieser Gruppe außerhalb der Gesellschaft zu entledigen.

Aus diesen grausamen Erfahrungen lasse sich lernen, daß es möglich sein müsse, gleichzeitig mehrere Identitäten zu haben, ohne in Loyalitätskonflikte zu geraten. Die Moderne müsse auf der Logik basieren. Europa sei eine transformierende Überstaatlichkeit.

### **Session III: Identität und Islam: Muslime in den USA und Europa**

Die **Bundestagsabgeordnete Dr. Lale Akgün** sprach aus der Perspektive der Muslime in Europa. Der Islam scheine die größte Quelle der Irritation zu sein. Es gebe eine parallele Gesellschaft, deren Ziel es sei, die demokratische

Gesellschaft zu überwerfen. Von den 3,4 Millionen Muslimen in Deutschland kämen 1,8 Millionen aus der Türkei. Sie seien im Zuge des Gastarbeiterprogramms in den 60er Jahren nach Deutschland gekommen.

In Frankreich und Großbritannien stelle sich die Situation anders dar. Die Muslime in diesen Ländern stellten ein Erbe der Kolonialvergangenheit dar. Soziale Fragen seien der dominierende Faktor für Integration. In Frankreich hätten die im Jahr 2005 randalierenden Jugendlichen in den Banlieus keine islamistischen Meinungen vertreten. Sie hätten lediglich eine Chance auf Teilhabe an der französischen Gesellschaft gesucht. Die Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Jugendlichen sei in Frankreich doppelt so hoch wie in Deutschland.

Die Probleme, wie z. B. die „Ehrenmorde“, wie sie immer wieder in Berlin stattfänden, müssten offen angesprochen werden. Es werde eine Kultur der Integration benötigt. Unabhängig von ihrem Hintergrund bräuchten alle Bürger eines Landes die gleichen Chancen.

**Amel Boubekur, vom Centre for European Policy Studies in Brüssel,** führte aus, daß Muslime häufig als Quelle von Terrorismus wahrgenommen würden. Europäische Entscheidungsträger hätten Probleme, den Islam unabhängig von Gewalt und Krisen wahrzunehmen. Es gebe nach wie vor einen Mangel an politischer Beteiligung von Muslimen, Xenophobie und sozialen Ausschluß.

Muslimen sähen unter anderem zwei Wege, dieser Krise des Islam zu entkommen. Entweder durch die Auswanderung nach Saudi-Arabien oder aber durch einen gewaltsamen Jihad. Die Debatte um den Schleier und die Vertreibungskampagnen hätten in jüngster Zeit dazu geführt, daß sich Muslime immer stärker ausgegrenzt fühlten.

**Boubekur** rief dazu auf, die gemeinsamen Interessen zu identifizieren und den Muslimen eine stärkere Beteiligung am politischen System zu ermöglichen.

**Dr. Hisham Hellyer, Centre for Research in Ethnic Relations, University of Warwick,** ging auf die unterschiedlichen Rollen der Muslime in den Vereinigten Staaten und Europa ein. Sie seien Teil von unterschiedlichen Identitäten, die sich häufig als „Islam und der Westen“ begriffen.

Es sei an der Zeit für den Westen zu begreifen, daß der Islam im Westen existiere. Der Islam sei auch eine europäische Religion. Die muslimischen Gemeinden im Westen seien herausgefordert, dafür zu sorgen, daß die Vorurteile sich nicht verstärkten. Es sei nun die Frage zu stellen, was es bedeute „Europäer“ zu sein.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 sowie die Anschläge in London und Madrid hätten gezeigt, daß es ein Problem mit der Integration von Muslimen

in den westlichen Gesellschaften gebe. Er warnte aber davor, den Terrorismus als dominierenden Faktor in der Debatte um die Integration von Muslimen zu sehen.

**Ammar Abdulhamid, Visiting Fellow, Saban Center for Middle East Policy der Brookings Institution**, sprach über die Notwendigkeit der Integration von traditionellen Kulturen und Religionen in moderne Gesellschaften. Integration sei im Kontext der Globalisierung zu sehen. „Die Moderne fordert uns alle heraus,“ so Abdulhamid.

Die islamischen Gesellschaften seien kosmopolitisch gewesen. Der islamische Glaube akzeptiere den christlichen Glauben als legitim. Diese Legitimität ende aber da, wo der Glaube von anderen verletzt werde.

Die zweite Generation der Zuwanderer stehe vor einer Identitätskrise und habe daher Probleme mit der Integration. Diese Identitätskrise könne aber zugunsten der Integration gelöst werden, was Anlaß zur Hoffnung gebe. Um diesen Integrationsprozeß zu begünstigen, bedürfe es aber eines neuen Typus der muslimischen Führerschaft.

**Dr. Philippa Strum, Director, United States Studies, The Woodrow Wilson International Center for Scholars**, referierte über die rund 6 Millionen Muslime in den Vereinigten Staaten. 25% seien Afro-Amerikaner, 65% seien im Ausland geboren, 60% seien in den letzten 20 Jahren zugewandert. Charakteristisch sei, daß 50% ein Haushaltseinkommen von über 50.000 US-Dollar im Jahr hätten. 58% der US-Muslime besäßen einen Universitätsabschluß, verglichen mit nur 25% der restlichen Bevölkerung. Es gebe in den USA 1200 Moscheen, wovon 50% in den letzten 20 Jahren gegründet worden seien. Aber nur 30-50% der Muslime gingen regelmäßig in die Moschee. Außerdem gebe es 235 islamische Schulen, in denen aber nur 3% der muslimischen Schüler vertreten seien.

Nach dem 11. September 2001 seien die amerikanischen Muslime verängstigt gewesen und hätten Integrationsprobleme befürchtet. Die Vereinigten Staaten seien eine nicht-säkulare Gesellschaft, die darauf setze, daß Zuwanderer mit der Zeit integriert würden. Die US-Regierung habe in der Zeit nach dem 11. September 2001 verstärkt den Dialog mit den Muslimen gesucht. Die Medien seien bei der Integration der Muslime indes nicht besonders hilfreich gewesen.

Problematisch sei die Verdächtigung von Regierung und Bevölkerung gewesen. So seien zum Beispiel Spenden von Muslimen für politische Kandidaten zurückgegeben worden.

Die politische Integration der Muslime in den USA sei insgesamt bisher zu wenig erfolgt. Es gebe einen Mangel an politischer Partizipation. Ursache hierfür sei der mangelnde Glaube an die Integrität des demokratischen Systems.

### **Schlußbemerkungen:**

**Der Kongreßabgeordnete Robert Wexler (D-Florida)** wies darauf hin, daß unter den 435 Kongreßabgeordneten keiner dem muslimischen Glauben angehöre, während z. B. in Belgien 16% der Parlamentarier Muslime seien. Die Vereinigten Staaten könne daher von Europa im Bereich politische Integration lernen. Aber Europa könne auch von den USA lernen. Es gebe Erfolgsgeschichten auf beiden Seiten des Atlantiks. Er wundere sich, warum Europa keine Ausbildung für religiöse muslimische Führer anbiete. Durch eine religiöse Schulung böte sich die Möglichkeit, einen europäischen islamischen Glauben zu schaffen. Die Einbeziehung der Türkei in die EU böte viele Chancen und Möglichkeiten hierzu.

Der Dialog über Zuwanderung und Integration sei ein Schritt in die richtige Richtung. Denn eine besondere Effektivität könne erzielt werden, wenn Europa und Amerika mit einer Stimme sprächen.

**Dr. Beate Winkler, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia**, gab die Ängste der Zugewanderten wider. Diese fürchteten, daß der Anti-Semitismus wieder ansteige und daß Europa die Integration von Zuwanderern sowie die Xenophobie nicht ernst genug nehme. Dabei liege die Stärke und die Zukunft Europas in der Verschiedenheit seiner Bürger. Auf beiden Seiten des Atlantiks würden eine stärkere politische Führung benötigt. Es gebe positive und negative Entwicklungen, aber die Situation könne beeinflußt werden. Die Beobachtung der Entwicklungen sei nicht genug, es müsse zu Taten kommen. „Die Zukunft liegt in unseren Händen“, so **Dr. Winkler** abschließend.